



Kern: Dem Verdacht der Bevorzugung einer Schulart beugen faire Wettbewerbsbedingungen vor

In einer Landtagsdebatte über die Frage, inwieweit bei der Beratung von Grundschulleitern über die weiterführenden Schulen eine Tendenz Richtung Gemeinschaftsschule erkennbar gewesen sei, sagte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Timm Kern**:

„Die Debatte über eine mögliche Tendenz bei der Beratung von Grundschulleitern belegt, wie dringend notwendig eine ordnungspolitische Orientierung für unser Schulwesen ist. Wenn nicht konsequent die Privilegierung der ‚Lieblingskinder‘ beendet wird, ist keine Befriedung der häufig unguten Situation vor Ort denkbar.

Notwendig sind klare und faire Rahmenbedingungen. Im Grunde ist es ganz einfach: Das Land stellt die Ressourcen zur Verfügung, fair berechnet nach Schülern, und die Schulen und ihre Träger entscheiden eigenständig, in welchen Schulformen die jungen Leute bei ihnen am besten gefördert werden. Einer Qualitätskontrolle müssen sich die Schulen vor Ort bei diesem ‚Bildungsvertrag auf Gegenseitigkeit‘ natürlich stellen.

Wir Freien Demokraten haben deshalb im vergangenen Herbst ein detailliertes Schulkonzept vorgelegt. Wir sind davon überzeugt, dass nur faire Rahmenbedingungen und mehr Entscheidungsfreiheit vor Ort geeignet sind, um so etwas wie einen stabilen Schulfrieden zu schaffen.

Wenn faire Bedingungen herrschen würden, hätte sich die Frage nach Bevorzugung einer Schulart ohnehin erübrigt. Die Beratung der Eltern vor der Entscheidung, an welcher weiterführenden Schule sie ihr Kind anmelden, wäre transparent. Denn es ist ja gerade der Verdacht einer mittelbaren Lenkung, der empfindlich macht für eine etwaige Bevorzugung der Gemeinschaftsschule. Zu diesem Verdacht hat die grün-rote Landesregierung wahrlich genug Anlass gegeben.“